

Solidarisch aus der Coronakrise – Armut überwinden!

Erklärung zum Fachtag der Landesarmutskonferenz Niedersachsen

16. November 2021

Armut schon vor Corona auf einem Höchststand

Das Armutsrisiko in Niedersachsen ist 2019 auf dem bislang höchsten Stand seit Beginn der vergleichbaren statistischen Erfassung – 17.1 Prozent aller Einwohner hatten laut Statistischem Landesamt Niedersachsen ein Einkommen unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle. Dieser extrem hohe Wert wurde vor Ausbruch der Coronapandemie bei einer relativ guten Lage am Arbeitsmarkt verzeichnet.

Besonders betroffen von Armut sind vor allem Arbeitslose, Alleinerziehende, Menschen mit Migrationshintergrund, Geflüchtete und kinderreiche Familien. Überdurchschnittlich zugenommen hat im Langzeitvergleich das Armutsrisiko von Arbeitslosen, von Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen sowie die Altersarmut.

Auch die Kinderarmut und die Armut von Erwerbstätigen sind auf einem Rekordstand. Zwar liegt das Armutsrisiko von Erwerbstätigen immer noch deutlich niedriger als das von Arbeitslosen – allerdings hat die Zunahme von Niedriglöhnen dazu geführt, dass immer mehr Beschäftigte mit ihren Löhnen nicht der Armut entkommen können.

Gleichzeitig hat sich am anderen Ende der Skala der Reichtum vermehrt. Die Zahl der Vermögen über 500.000 Euro und der Einkommensmillionäre ist im Langzeitvergleich deutlich gestiegen.

Vor dem Virus sind nicht alle gleich

Zu Anfang der Pandemie hieß es häufig: Vor dem Virus sind alle gleich. Doch das ist nicht der Fall. Wurde das Virus in der Anfangszeit vermehrt durch Menschen in guter sozialer Lage verbreitet, trifft es im weiteren Verlauf massiv insbesondere Menschen in prekären Lebenssituationen. Menschen in schwieriger sozialer Lage sind ohnehin häufiger von Vorerkrankungen betroffen und haben ein erhöhtes Risiko einer Coronavirus-Erkrankung und eines schwereren Krankheitsverlaufs. Außerdem sterben sie eher an COVID-19. Viele dieser Menschen leben in beengten Wohnverhältnissen, konnten nicht im Home-Office arbeiten und sind auf den infektionsrisikoreicheren öffentlichen Nahverkehr angewiesen. Ebenso zeigen erste Untersuchungen auch Unterschiede bei der Nutzung von Test- und Impfmöglichkeiten, mit negativen Konsequenzen insbesondere in sozialen Brennpunkten. Hinzu kommt, dass Menschen sich Hygiene- und Schutzmaterialien in ausreichendem Maße auch leisten können müssen. Besonders schwer betroffen waren Obdach- und Wohnungslose, deren Unterstützungsstruktur aufgrund der Coronaregeln zum Teil komplett zusammengebrochen ist. Ein ähnliches Bild zeichnet sich bei sozial benachteiligten Kindern und Familien ab. Bisherige Anlaufpunkte wie z.B. Kitas, Schulen, Jugendzentren waren nicht oder nur eingeschränkt erreichbar. Viele Eltern im Niedriglohnsektor und in prekären Beschäftigungsverhältnissen bangen seit der Krise um ihren Job. Höhere Ansteckungsgefahr, Einkommensverluste, mangelnde Hilfsangebote, Zukunftsängste: Die Covid-19-Pandemie verstärkt massiv bestehende Ungleichheiten.

Die Coronapandemie hat nicht nur viele von Armut betroffene Menschen hart getroffen, sondern auch die Menschen, die ihnen mit Rat und Tat zur Seite stehen. Beraterinnen und Berater in sozialen Organisationen waren für die Menschen da, oft auch unter dem Risiko, selbst schwer an Corona zu erkranken. Sie haben Ratsuchende zusätzlich zu ihrer „normalen“ Beratungsarbeit bei der (digitalen) Kommunikation mit den Ämtern unterstützt, da die nur noch digital zu erreichen waren. Für Menschen, die aufgrund ihres geringen Einkommens nicht mit der notwendigen digitalen Infrastruktur ausgestattet sind oder nicht die notwendigen digitalen Fertigkeiten beherrschen, stellt das eine

große Hürde beim Zugang zu staatlichen Leistungen dar. Hier ermöglichen Beratungsangebote der freien Wohlfahrtspflege für Menschen, die von Armut betroffen sind, Teilhabe und Zugang zu sozialen Leistungen.

Je länger die Corona-Pandemie andauerte, desto deutlicher hat sich auch gezeigt, dass Geflüchtete von deren negativen Auswirkungen ganz besonders betroffen sind. Geflüchtete leben oft in Lagern oder Sammelunterkünften, die einerseits ein erhöhtes Ansteckungsrisiko bergen, andererseits oftmals auch vollkommen undifferenziert bei Covid-19-Erkrankungen unter Quarantäne gestellt und komplett abgeriegelt werden. Menschen mit Migrationsgeschichte und Geflüchtete befinden sich häufiger in prekären Beschäftigungsverhältnissen, die durch eine besondere Infektionsgefahr gekennzeichnet sind, wie z.B. in der Gastronomie, im Zustellservice oder in der Pflege. Hinzu kommt, dass sie eher von Corona-bedingten Entlassungen betroffen sind. Nicht wenige haben ihre Arbeit verloren, da Ausländerbehörden nicht in der Lage waren und sind Beschäftigungserlaubnisse zeitnah zu verlängern. Ausbildungen wurden abgebrochen oder Prüfungen nicht bestanden, weil eine Beschulung in Präsenz kaum stattfand und Geflüchtete und Menschen mit Migrationsgeschichte vielfach nicht über die digitale Ausstattung verfügen, die für ein Homeschooling Voraussetzung ist. Sie werden in der Pandemie weiter abgehängt.

Armut dauerhaft überwinden – Forderungen der Landesarmutskonferenz

- Der Zugang zu Test- und Impfmöglichkeiten muss insbesondere in sozialen Brennpunkten ausgebaut werden.
- Die explodierenden Heizkosten werden zu einer weiteren Armutsfalle. Die Jobcenter müssen die steigenden Kosten für Heizung und Strom vollständig übernehmen. Zudem braucht es einen staatlichen Energiekostenzuschuss für alle Haushalte mit geringen bis mittleren Einkommen.
- Erhöhung von Hartz-IV-Regelsätzen und Grundsicherung um 150 Euro.
- Anmietung von Hotels und ähnlich menschenwürdigen Wohnmöglichkeiten durch Länder und Kommunen zur Unterbringung von Obdachlosen und Menschen in prekären Wohnsituationen. Langfristig eine flächendeckende Umsetzung des Konzepts Housing first. Wohnung ist Menschenrecht!
- Einrichtung einer Landeswohnungsbaugesellschaft, um der allgemeinen Wohnungsnot entgegenzuwirken und bezahlbaren Wohnraum für alle zu schaffen.
- Mindestlohn von 12 Euro und allgemeinverbindliche Tarifverträge in Niedriglohnbranchen sowie die Abschaffung von prekärer Arbeit durch die Regulierung von Leiharbeit, Werkverträgen, Befristungen und Minijobs.
- Öffentlich geförderter Beschäftigungssektor zu fairen Bedingungen, um Langzeitarbeitslose wieder zu integrieren und soziale Dienstleistungen vor Ort zu verbessern.
- Einführung einer eigenständigen Kindergrundsicherung.
- Gezielte und intensive Unterstützung sozial benachteiligter Kinder und Familien.
- Ausbau der Infrastruktur im Gesundheitswesen durch mehr Personal, umfassende Tarifbindung und höhere Investitionszuschüsse des Landes für Krankenhäuser
- Planungssicherheit und verlässliche Finanzierung für die Arbeit von sozialen Beratungsstellen für die nächsten Jahre.
- Ein umfassendes niedersächsisches sozial-ökologisches Konjunktur- und Investitionsprogramm für Klimaschutz und soziale Infrastruktur. Die Finanzierung der notwendigen öffentlichen Investitionen sollte über einen landeseigenen Fonds statt durch viel teurere ÖPP (öffentlich-private Partnerschaft) erfolgen.

Die Veranstalter:

Asphalt, AWO, Caritas, DGB, DRK, Diakonie, Flüchtlingsrat, Gnadenlos Gerech, LAK, LVG & AFS, Paritätischer, Selbstvertretung Wohnungslose, SoVD, Verdi, Werkheim